

Die politischen Orientierungen, Haltungen und Ziele der Studierenden stehen immer wieder zur Diskussion, nicht zuletzt deshalb, weil Studierende eine relevante gesellschaftliche Gruppierung darstellen, die sich rasch zu Reklamation und Protest mobilisieren lässt. Dieses Thema erfährt daher seit Beginn des Studierendensurveys ein hohes Maß an Aufmerksamkeit wie in keiner anderen Untersuchung in Deutschland.

Mit dem Wandel der politischen Orientierungen und gesellschaftlichen Werte der Studierenden befasst sich der nachfolgende Beitrag. Er ist in der Zeitschrift ‚*Die Politischen Meinung*‘ Nr.519, März/April 2013, erschienen und hat zu einigen Diskussionen auch unter den Studierenden selbst geführt.

43.1 Akademikernachwuchs - Porträt einer verunsicherten Studierendengeneration

Seit 1982 erfasst der „Studierendensurvey“ nicht nur die Erfahrungen der Studierenden an den Hochschulen und im Studium, sondern ebenso deren gesellschaftlich-politische Orientierungen. Alle drei Jahre werden jeweils etwa 8.000 Studierende bundesweit an Universitäten und Fachhochschulen befragt, die eine repräsentative Auswahl der deutschen Studentenschaft darstellen. Im Wintersemester 2009/10 erfolgt bereits der 11. Studierendensurvey, womit eine beträchtliche Zeitreihe von elf Messzeitpunkten vorliegt (1982 bis 2010).

Der Studierendensurvey ermöglicht, Trends und Veränderungen zu erkennen, auch hinsichtlich der politischen Beteiligung, der Meinungsbildung, der politischen Ziele bis hin zu den demokratischen Einstellungen und Grundwerten, welche die Studierenden vertreten (vgl. Bargel 2008, Bargel/Simeaner 2011). Die Untersuchungsreihe wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF); durchgeführt wird der Survey von der AG Hochschulforschung an der Universität Konstanz (zu Konzept, Instrument und Ergebnissen vgl. zuletzt Ramm/Multrus/Bargel 2011).

Interesse und Beteiligung

Als auffälliger Zug dieser Studierendengeneration ist das geringe Interesse an politischen Fragen und am politischen Handeln als Erstes festzuhalten. Die Anteilnahme am politischen Geschehen geht bei den Studierenden, nach ihrer eigenen Auskunft, seit einigen Jahren zurück: von 54% politisch sehr stark Interessierter (1983) über 46% nach der Wiedervereinigung (1993) bis auf zuletzt 37% (2010).

Die studentische Zurückhaltung betrifft auch die Mitwirkung an den Hochschulen, sei es in den Fachschaften oder in politischen Aktionsgruppen. Die Beteiligung an den dortigen Gruppen und Gremien hat sich im Laufe der Jahre abgeschwächt. Selbst in den Fachschaften, einst sozialer Kristallisationspunkt für viele, sind heute weniger Studierende aktiv. Die Arbeit der studentischen Vertretung interessiert die Hälfte der Kommilitonen überhaupt nicht. Interesse und Beteiligung an informellen Aktionsgruppen ist von 62% (1985) auf 43% (2010) gefallen.

Aber Eltern und Geschwister, die Familie, sind erstaunlich stark in der studentischen Wertschätzung gestiegen. In den 80er Jahren waren für 46% der Studierenden die Eltern und Geschwister sehr wichtig, dann erhöhte sich deren Stellenwert stetig, und 2010 hat dieser Anteil beachtliche 73% erreicht. Die Zunahme kann als ein Ausweis für den Rückzug in den privaten Kreis angesehen werden, um dort Zugehörigkeit und Sicherheit zu finden.

Grundwerte: Freundschaft, Friede, Freiheit

In Übereinstimmung mit dieser Haltung stehen die Werte, welche die Studierenden betonen. Die meiste Wertschätzung erhalten drei Grundwerte: die Freundschaft, also gute Freunde und Freundinnen zu haben, und der Friede (kein Krieg, keine Gewalt). Fast

drei Viertel der Studierenden stufen sie als sehr wichtig ein. Ähnlich hoch geschätzt folgt als Grundwert die persönliche Freiheit: unabhängig und entscheidungsfrei zu sein; zwei Drittel der Studierenden vertreten diesen Wert ganz vehement.

Stützen der gesellschaftlichen Bindung wie Religion und Nation sind dieser Studentengeneration fast völlig verloren gegangen. Der Grundwert von „Religiosität“, gefasst als Glaube und Erlösung, ist für 7% besonders wichtig; auf der anderen Seite verneinen 36% ganz entschieden, Religion und Glaube würde ihnen etwas bedeuten. Die Nationalität, gemeint als nationale Stärke und Behauptung, stellt für nur 3% einen besonderen Wert dar; aber 85% der deutschen Studierenden wollen davon nichts wissen. Für „nationalistische Parolen“ klassischer Art ist diese Studentengeneration offenbar nicht zu haben.

Es kennzeichnet die studentische Haltung demnach, keine fertigen Muster übernehmen zu wollen, sondern sich selektiv und wenig verbindlich für Werte zu entscheiden - zudem diese nicht mehr als Ausweis einer festen Zugehörigkeit zu verstehen. Die Studierenden, heute noch mehr als früher, entziehen sich weitgehend vorgegebenen, langfristigen Bindungen und Bekenntnissen, sie vermeiden Beitritt und Zugehörigkeit zu Organisationen.

Meinungsbildung und politische Konzepte

In viel höherem Umfang antworten die heutigen Studierenden bei Fragen zu Urteilen und Zielen mit „weiß nicht“, „kann ich nicht sagen“ oder sie wählen öfters eine mittlere Position. Solche Antworten werden entweder aus Desinteresse oder aus Unkenntnis gewählt. Sie signalisieren „Meinungslosigkeit“: Das Bemühen um politische Meinungsbildung ist unter den Studierenden geringer geworden. Entschiedene Standpunkte werden seltener eingenommen und vehemente Stellungnahmen weniger öffentlich vertreten. Sie finden oder wollen keine „Gewissheiten“.

Für die studentische Enthaltensamkeit ist mit verantwortlich, dass sie sich weithin darüber im Unklaren sind, wie die gesellschaftliche Entwicklung weiter gehen soll und für was sie sich einsetzen könnten. Diese Verunsicherung wird bei den Fragen nach ihren politischen Zielen ersichtlich. So wird die „Sicherung der freien Marktwirtschaft“, die früher 58% vehement befürwortet haben, nur noch von 38% der Studierenden in starkem Maße unterstützt, ohne dass diese Zurücknahme durch andere Konzepte aufgefangen würde.

Auf theoretische Diskussionen und neuartige Konzepte, gar alternative Entwürfe lassen sich die Studierenden ungern ein. Sie bleiben Versammlungen und Veranstaltungen mit politischer Thematik und Debatte eher fern. Während der Studienzeit sich auf andere Lebensentwürfe einzulassen, das ist für viele von ihnen unvorstellbar. Ein „anders Leben“ bleibt für die meisten jenseits des Vorstellungshorizontes. Das Konzept des „Alternativen“ ist den Studierenden irgendwie abhanden gekommen, hat sich in Unverständnis weithin aufgelöst. Noch in den 80er Jahren bildete es ein Überzeugungsbündel: Ausstieg aus den beruflichen Zwängen, Widerstand gegen die Leistungsgesellschaft, Vorrang der autonomen Selbstverwirklichung und Erproben neuer Lebensentwürfe.

Ideale, noch mehr Visionen sind den Studierenden heute weithin fremd, jedenfalls weit mehr als früheren Studentengenerationen. Sie richten sich in der Rolle des Kunden ein, verlieren damit aber an Verantwortung und Mitgestaltung. Anforderungen und Regularien werden ernster genommen und gelten als verbindlicher. Die Studierenden bemühen sich häufiger, ihnen zu folgen, um erfolgreich zu sein; sie sind zugleich aber besorgter, ob ihre Anstrengungen belohnt werden. Es ist weniger ein überzeugter „Pragmatismus“, den die Studierenden vertreten, sondern vielmehr ein sich „Durchschlagen“ – mit ungewissem Ausgang.

Außerdem bremst ihre geringe Solidarität ein stärkeres Einlassen auf gesellschaftliche Probleme oder das Eintreten für Andere. Diese nachlassende Solidarität zeigt sich beispielhaft in der Haltung gegenüber Entwicklungsländern. Deren Unterstützung gilt den Studierenden deutlich seltener als sehr wichtig: 1985 waren noch 49% entschieden dafür, 1993 dann 38%, und 2010 sind nur 30% der Studierenden davon überzeugt.

Nur bei eigener Betroffenheit regt sich stärkerer Protest, der aber punktuell bleibt. Er erweist sich durchweg als „Strohfeuer“, weil er nicht konzeptuell breiter eingebunden ist oder durch allgemeinere Gegenentwürfe gestützt wird - die „Macht- oder Systemfrage“ wird schon gar nicht gestellt.

Demokratischen Einstellungen

Zwei Kernstücke demokratischer Prinzipien werden von den Studierenden weiterhin entschieden, nahezu einvernehmlich vertreten: zum einen die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit und zum anderen der Verzicht auf Gewalt bei politischen Konflikten. Aber die Voten für Interessengruppen oder für eine kritische Oppositionsfunktion sind stark zurückgegangen. Die Elemente einer pluralistischen und kontroversen Demokratie werden viel seltener befürwortet, und zwar mit einem ersten Schub nach der Wiedervereinigung, aber noch stärker im neuen Jahrtausend.

Die demokratischen Haltungen der Studierenden waren Ende der 90er Jahre weit gefestigter als sie sich im neuen Jahrtausend entwickelt haben. Sie zeigen mehr Uneindeutigkeiten und manche Distanzierung gegenüber wichtigen demokratischen Prinzipien. Insofern scheint die pluralistische Demokratie für mehr und mehr Studierende nicht mehr eine Errungenschaft darzustellen, zu der sie fest stehen.

Insgesamt sind die Studierenden, nimmt man alle Stellungnahmen zusammen, häufiger als „instabile Demokraten“ und weniger als „sattelfeste Demokraten“, wie noch gegen Ende der 90er Jahre, einzustufen. Der Anteil dieser überzeugten Demokraten hat sich von 71% auf 48% stark verringert, sie bilden nicht mehr die Mehrheit. Die Gruppe „instabiler Demokraten“ hat sich dagegen von 23% auf 39% erhöht, und auch der Kreis Studierender, die den demokratischen Prinzipien „distanziert-ablehnend“ gegenüberstehen, ist von 8% auf 14% gewachsen.

Angst vor Misserfolg und Kontrollverlust

Obwohl die Studierenden gegenwärtig den Übergang in den Beruf überwiegend optimistisch sehen und ihre Belastung wegen schlechter Berufsaussichten deutlich geringer geworden ist, bleibt der Blick auf den Arbeitsmarkt von Unsicherheit bestimmt, vor allem was seine längerfristige Entwicklung angeht. Offenbar wird seinen Konjunkturen nicht getraut, denn an den Universitäten, noch mehr an den Fachhochschulen, steht der Wunsch nach besseren Arbeitsmarktchancen an vorderer Stelle der Liste, wenn nach der Verbesserung der Studienbedingungen gefragt wird.

Der Blick auf die gesellschaftliche Zukunft ist bei den Studierenden weniger von Optimismus oder Erfolgszuversicht bestimmt, vielmehr sind Ängste und Sorgen vielfach vorhanden. Hinsichtlich der Aufstiegschancen erwartet über die Hälfte der Studierenden (56%) eher eine Verschlechterung. Außerdem betrachten sie die Verwirklichung des Leistungsprinzips überwiegend skeptisch. Vielen erscheint es in der Gesellschaft zu wenig verwirklicht. Das wiegt für sie umso schwerer, als sie sich selbst vermehrt um Effizienz bemühen und den gestellten Anforderungen genügen wollen.

Bei dieser Studentengeneration scheint die Angst vor Misserfolg größer; die Hoffnung auf Erfolg bleibt wie gelähmt. So ist die Sorge, das Studium nicht zu bewältigen, stark angestiegen, was zu erhöhtem Stress im Studium geführt hat. Befürchtungen, trotz aller eigenen Anstrengung, letztlich zu den Verlierern zu gehören, haben sich in vielen

studentischen Köpfen festgesetzt – im Hinblick auf den weltweiten Wettbewerb wie in der beruflichen Behauptung. Sie gewinnen den Eindruck, dass sie ihren beruflichen Weg ebenso wie politische Verhältnisse und Entscheidungen ohnehin nicht oder zu wenig beeinflussen können.

Spannungen und Widersprüchlichkeiten

Die Studierenden sind in ihren Werthaltungen weder homogen noch lassen sie sich einfach über einen Kamm scheren. Spannungen und Widersprüchlichkeiten kommen in den Stellungnahmen immer wieder vor. In der Brust des einzelnen Studierenden sind viel häufiger als früher „zwei Seelen“ miteinander vereinbar, was auch als Uneindeutigkeit erscheinen kann. Die Vereinbarkeit von scheinbar Gegensätzlichem zeigt sich auffällig bei den Motiven und Kriterien: Idealistische mit materielle Komponenten werden öfters gemeinsam vertreten, etwa idealistisch zur Verbesserung der Gesellschaft beizutragen und materiell auf Einkommen und Karriere zu achten.

Was vordem den Studierenden als unvereinbarer Gegensatz erschien, das erleben sie heute weniger als Widerspruch. Mehr und mehr Studierende vertreten Aspekte des Nützlichkeitsdenkens, aber sie zeigen zugleich auch mehr private Zuwendung, bis hin zur Hilfsbereitschaft. Sie halten zwar weniger von sozialer Solidarität, kümmern sich aber mehr um Familie und Freundschaft, d.h. um ein umgängliches Miteinander.

Diese Entwicklungen laufen darauf hinaus, dass zum einen weniger „ideologische Konflikte“ zwischen studentischen Gruppierungen auftreten und Kämpfe ausgefochten werden. Zum anderen sind weniger Studierende mit „ausgeprägten Meinungsprofilen“ unter den Studierenden anzutreffen, die andere überzeugen oder mitreißen wollen. Im Zusammenspiel dieser beiden Elemente stellt sich als Nebeneffekt heraus: Die Studierenden lassen sich viel schwerer organisieren, für Versammlungen gewinnen oder zu gemeinsamen Aktionen bewegen.

Kennzeichnung der Studierendengeneration

Für die politischen und gesellschaftlichen Orientierungen der gegenwärtigen Studentengeneration erscheinen drei Grundzüge bestimmend und auffällig: zum ersten das Fehlen an festen Überzeugungen und Gewissheiten, zweitens das geringe politische Interesse und öffentliche Engagement und drittens letztlich die Angst vor Misserfolg. Damit ist gemeint, dass sie sich auf Bindungen und Festlegungen weniger einlassen, Verantwortlichkeiten vermeiden und zugleich mehr Sorgen haben und Stress empfinden. Was als Kennzeichnung der Studierendengeneration 2012 vertretbar erscheint, bei aller Ambivalenz und Vorsicht, bewegt sich zwischen „ratlos und unsicher“ oder „besorgt und ängstlich“, aber auch „nüchtern und farblos“ oder „gleichgültig und beliebig“ mögen zutreffend sein.

Diese Haltungen können als Ausdruck von gesellschaftlichen und sozialen Verhältnissen verstanden werden, in denen Werte und Ziele, die man durchaus teilt, mit den eigenen Mitteln und Ressourcen immer weniger erreichbar und erfüllbar erscheinen. Es herrscht die Ansicht vor, sich in undurchschaubaren Zusammenhängen zu bewegen. Eine „Brücke in die Zukunft“, für Studierende sehr wichtig, ist nicht zu sehen oder endet im dichten Nebel. Dies ist mit dem Eindruck verbunden, die Kontrolle über das eigene Leben zu verlieren, durch die eigene Anstrengung und Leistung den eigenen Lebensweg immer weniger steuern zu können.

Tino Bargel